



THOMAS SATTELBERGER ist Sprecher für Bildung, Forschung und Innovation der FDP-Bundestagsfraktion und war Vorstand bei Continental und Deutscher Telekom. Twitter: @th_sattelberger

Staatscham Deutsche Bahn

Die politische Kaste versagt als Unternehmer, der Steuerzahler blutet. Es ist Zeit für eine Kehrtwende.

Mal grundsätzlich: Gehört der Begriff der „schöpferischen Zerstörung“, geprägt vom österreichischen Ökonomen Joseph Schumpeter, nicht längst zum Basiswissen über eine funktionierende Marktwirtschaft? Oder anders: Untermauert seine Wirtschaftsphilosophie nicht, wie wichtig es ist, alte Strukturen in der Wirtschaft regelmäßig von innen zu revolutionieren, um Raum für Neues zu schaffen? „Im Prinzip ja“, hätte der fiktive sowjetsozialistische Sender „Radio Eriwan“ geantwortet, „aber in Deutschland gilt Disruption für den Staat als Systemfehler, nicht als Beginn von Neuordnung.“

DESHALB IST DER STAAT EIN MISERABLER UNTERNEHMER.

Nirgendwo wird das so deutlich wie bei der Deutschen Bahn. Die politisch ausgehandelten Manager an der Spitze sind, freundlich gesagt, bestenfalls meist mut- und glücklos. Die Bank der Anteilseigner im Aufsichtsrat wird dominiert von aktiven oder abgehalfterten Politikern. Zwischendrin der müde Ex-Banker Jürgen Krumnow, dessen Vertrag als oberster Controllor vor 20 Jahren ausdrücklich nicht verlängert wurde. Vorsitzender ist der verbeamtete Frühpensionär Michael Odenwald, ein Machtschattengewächs aus dem Verkehrsministerium, der leere Versprechungen und Skandalnachrichten seines Vorstandsvorsitzenden Richard Lutz klaglos entgegennimmt.

Trotz steigender Fahrgastzahlen und Umsätze schafft es der Konzern, einen massiven Gewinneinbruch im ersten Halbjahr 2019 einzufahren. DB Cargo: seit Jahren ein Sanierungsfall. Und dann haben die Bahner auch noch Flixbus tatenlos gewähren lassen. Innovation? Stattdessen fünf Milliarden Euro für Stuttgart 21. Und die Kunden leiden weiter: pro Jahr 140.000 ausgefallene Züge, die nicht einmal in der großzügigen Statistik der zahlreichen Verspätungen auftauchen.

Spielend lassen sich andernorts weitere Beispiele für den Kontrollwahn bei gleichzeitiger Kompetenzödnis der staatlichen Kontrolleure anführen. Klaus Wowereit, der das Mil-

liardendesaster um den Berliner Flughafen zweifelsfrei mitverantwortet, wäre in der Privatwirtschaft mutmaßlich wegen Verletzung der Sorgfaltspflicht in Haftung genommen worden. Finanzminister Olaf Scholz ist zum Glück krachend mit seinem Managertraum gescheitert, zwei wankende Banken zu verheiraten, als könnte man Krankheit mit Größe heilen. Gleich zwei bornierte Verkehrsminister, Alexander Dobrindt und Andreas Scheuer, haben erst die Bahn und danach die Autobahnmaut gegen die Wand fahren lassen. Der eine hat sich in eine neue Rolle geschlichen, der andere versucht immer noch, von seiner Verantwortung abzulenken.

» DER AUFSICHTSRATSCHEF NIMMT LEERE VERSPRECHUNGEN SEINES VORSTANDS KLAGLOS ENTGEGEN.«

UNSER LAND HAT HIER EIN SYSTEMISCHES PROBLEM.

In der „Harvard Business Review“ vom April 2019 berichtet ein Forscherteam über seine Erkenntnisse: „When Companies Cozy up to Politicians, the Economy Suffers“ – wenn Unternehmen durch politische Verbandelungen Vorteile und Schutz erlangen, leiden Wettbewerb und Wirtschaft.

Der Einfluss von Politikern auf die Wirtschaft gehört zurückgedrängt, nicht nur bei der Bahn. Übrigens ist es keine tumbe marktradikale Forderung, unsere Bahn zu privatisieren, denn ich käme nie auf die Idee, für die Privatisierung der so er-

folgreichen wie servicebeflissenen Schweizer Bahn SBB einzutreten, in deren Verwaltungsrat ja durchweg Unternehmer sitzen. Meine Forderung wird auch nicht durch das Argument von der angeblich schützenswerten Infrastruktur entkräftet. Schlimmer als bei der Bahn geht's schließlich nimmer.

Unabhängig davon: Wichtig wäre mehr wirtschaftlicher Sachverstand im öffentlichen Dienst. Warum nicht als Start mehrwöchige Industriepraktika für Politiker?

Der deutsche Staat ist als Unternehmer übergriffig. Er muss sich wieder darauf beschränken, beste Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Neues entsteht. Denn Geburt und Tod von Unternehmen im Kapitalismus sind so sicher wie der Staatsbankrott im Sozialismus. Reden wir endlich wieder über Ordnungspolitik. Im besten Sinne Schumpeters. ■